

für Mitglieder und Freunde der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Hameln e. V.
Redaktion: Heinrich Hagemann, Hans – Georg Spangenberg

1. Juden und Christen – in den deutschsprachigen und anderen europäischen Ländern

- **Die Nonne und ihr Henker** - Vor 80 Jahren, im Mai 1945 wurde der Jurist und NS-Verbrecher Arthur Seyß-Inquart festgenommen. Zu seinen prominentesten Opfern gehörte die katholische Ordensfrau, Philosophin und Jüdin Edith Stein. Ihre Biographien sind Blaupausen einer Ära, die junge Menschen damals prägte – und zu gänzlich verschiedenen Entwicklungen führten. *Von Benedikt Vallendar*

„Ich gehe für mein Volk“, soll Edith Stein auf ihrem letzten Weg gesagt haben. „Für Deutschland“, so die letzten Worte Arthur Seyß-Inquarts, wenige Sekunden bevor ihn der Henker und US-Sergeant John C. Woods in der Nacht des 16. Oktober 1946 in der Turnhalle hinter dem Nürnberger Gerichtspalast vom Leben zum Tode beförderte. Alle drei endeten tragisch. Seyß-Inquart am Galgen, Edith Stein in der Gaskammer und wenige Jahre später durch einen Stromschlag auf einem Militärstützpunkt in der Südsee auch der Nürnberger Henker Sergeant Woods.

Seyß-Inquart hatte als promovierter Jurist gedient, derweil sich Edith Stein als Philosophin und 1998 zur „Patronin Europas“ gekürte Heilige der katholischen Kirche einen Namen gemacht hat. Als Arthur Seyß-Inquart, ehemaliger Reichsstatthalter Hitlers in den besetzten Niederlanden, mit hinkendem Bein die Stufen zum Schafott bestieg, war Edith Stein, eines seiner prominentesten Opfer schon vier Jahre tot; deportiert nach Auschwitz und wahrscheinlich am 9. August 1942 zusammen mit Millionen anderen eines grausamen Todes gestorben; allesamt Opfer, die Seyß-Inquart und die anderen Angeklagten zu verantworten hatten.

Ähnliche Sozialisation

Der Mörder Seyß-Inquart und sein Opfer Edith Stein waren fast gleichaltrig, sie geboren 1891 in Breslau, er 1892 im damaligen Mähren. Beide stammten aus bürgerlichen Verhältnissen und beide wurden ähnlich sozialisiert. Auch charakterlich sollen sie sich geähnelt haben; introvertiert, abwartend, analytisch und wenig zugewandt; zugleich in ihren Fachrichtungen anerkannt und beruflich ambitioniert; sie als Dozentin, er als erfolgreicher Fachanwalt für Arbeitsrecht. „Ich gewinne meine Prozesse, indem ich den Gegner reden und im entscheidenden Moment ins offene Messer laufen lasse“, schrieb er in einem Brief an seine Frau. Er und Edith Stein waren aufgewachsen in einem Umfeld, in dem Bildung, Beziehungen und Begegnungen für gewöhnlich als Koordinaten für ein gelingendes Leben gelten. „Seyß-Inquarts Vater hatte es bis zum Direktor eines Gymnasiums gebracht und galt als Haustyrann, während Edith Stein den ihrigen schon im Kleinkindalter verloren hatte und von einer alleinerziehenden Mutter großgezogen wurde“, sagt der Publizist und Soziologe Klaus Angel.

Die Adoleszenz Jahre Arthur Seyß-Inquarts und Edith Steins waren geprägt von Obrigkeitsdenken und sozialer Enge, tradiertem Denken in undefiniertem Verhältnis zur technischen Moderne; umgeben von einer fragilen Sicherheitsarchitektur, die im Sommer 1914 in die Katastrophe des ersten Weltkrieges gemündet war. Und 30 Jahre später mitverantwortlich war für das größte Verbrechen in der Geschichte der modernen Zivilisation. Es lässt sich nur erahnen, welchen Weg sie gegangen wären, wären sie einander begegnet.

Ob sich der als intelligent beschriebene Arthur Seyß-Inquart von seiner verbrecherischen Gedankenwelt hatte abbringen lassen, wäre er der feinsinnigen Edith Stein persönlich über den Weg gelaufen? Immerhin, noch auf der Nürnberger Anklagebank machte der gefallene Politiker durch gute Manieren und Eloquenz auf sich aufmerksam, zudem durch gepflegte Erscheinung und freundlichen Umgangston; auch mit den jungen US-Wärtern, die ihn und die Mitangeklagten rund um die Uhr im Auge behielten.

Nach Hitlers Willen hätte Seyß-Inquart Außenminister werden sollen, als Ersatz für Joachim von Ribbentrop, einem ehemaligen Sektverkäufer und Lebemann, der in Nürnberg wiederholt zum Schrubben seiner verwahrlosten Zelle verdonnert wurde und bereits als Botschafter in London gezeigt hatte, wie wenig diplomatisches Taktgefühl er besaß. „Arthur Seyß-Inquart verstand es

meisterhaft, sein teuflisches Inneres mit Charme und rhetorischem Geschick zu übertünchen“, sagt der Historiker Uwe Puschner von der FU Berlin.

Hohe kriminelle Energie

Er und Edith Stein wurden von Zeitgenossen als spröde, unnahbar und wenig zugänglich geschildert. „Es war schwer, mit Edith warm zu werden“, erinnerte sich später eine ehemalige Mitschwester. War Seyß-Inquart Karrierist durch und durch, war sie jemand, die sich nach zwei enttäuschten Liebesbeziehungen in einen Kokon aus Büchern, Briefen und Manuskripten geflüchtet hatte; ihre eigene, hochkomplexe Gedankenwelt, in der es keineswegs so gesellig zugegangen sein dürfte wie in den bierseligen Zirkeln ihres späteren Mörders. Kaum einer in Nürnberg wollte und konnte glauben, welch ungeheuerlicher Verbrechen Arthur Seyß-Inquart, der harmlos wirkende Mittfünfziger mit Nickelbrille, bezichtigt wurde. Massendeportationen in Konzentrationslager, Erschießungen und die systematische Entrechtung der jüdischen Bevölkerung in fünf Jahren deutscher Besatzung standen in der Anklageschrift; ebenso die systematische wirtschaftliche und kulturelle Ausbeutung eines Landes, auf dessen Kunstschatze es die NS-Bürokratie besonders abgesehen hatte. Keiner der Prozessbeobachter hatte Arthur Seyß-Inquart, dem einst erfolgreichen Wiener Advokaten zugetraut, was in den Akten stand. „Den Einmarsch Hitlers in Österreich im März 1938 hatte er politisch vorbereitet, als Innenminister gedient und zwei Tage lang von Hitlers Gnaden das Amt des Bundeskanzlers bekleidet“, sagt Historiker Uwe Puschner. Österreich an das Deutsche Reich anzugliedern, alle Deutschen unter einem „Führer“ zu vereinen, sei sein Lebenstraum gewesen, berichtete Seyß-Inquart 1945 seinem amerikanischen Vernehmer.

Keine Reue

Hitler dankte es ihm mit hoch dotierten Posten, als stellvertretender Statthalter im besetzten Polen und ab 1940 als sein erster Mann in den Niederlanden, wo schon kleinste Formen des Aufbegehrens mit drakonischen Maßnahmen unterdrückt wurden. „In Seyß-Inquarts Amtszeit fiel auch das Schicksal der Anne Frank, jenem jüdischen Mädchen, das sich mit der Familie nach Amsterdam geflüchtet hatte, verraten wurde und später durch sein posthum erschienenen Tagebuch internationale Bekanntheit erfuhr“, sagt Uwe Puschner. Seyß-Inquarts Wunsch, in den Anwaltsberuf zurückzukehren, hatte Hitler 1938 mit einem Ministeramt ohne Geschäftsbereich unter den Linden in Berlin beantwortet. Was abzulehnen, Seyß-Inquart wahrlich schwergefallen wäre, da auch Eitelkeit zu seinen großen Schwächen gehörte. Das Nürnberger Tribunal befand ihn am 30. September 1946 in drei von vier Anklagepunkten für schuldig, darunter Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Bis zum Schluss zeigte der Angeklagte keine Reue, vergötterte weiter seinen „Führer“ und verlor sich in Selbstmitleid und Verharmlosung der eigenen Rolle in der Tötungsmaschinerie des NS-Staates.

Oberleutnant der Reserve

Aufgewachsen in Wien deutete zunächst nichts darauf hin, dass sich der junge Arthur Seyß-Inquart zu einem Kriegsverbrecher entwickeln würde. Aus dem Weltkrieg zurückgekehrt als Oberleutnant der Reserve, verdingte er sich zunächst in seinem erlernten Beruf, um sich, seine Ehefrau Gertrud und die drei gemeinsamen Kinder durch die wirtschaftlich instabilen zwanziger Jahre zu bringen. Gertrud hielt ihm den Rücken frei, gefiel sich in der Rolle der deutschen First Lady in den besetzten Niederlanden und hielt noch zu ihm, als ihr Gatte in seiner Nürnberger Zelle einem ungewissen Schicksal entgegensah. Nach Kriegsende versuchte Frau Seyß-Inquart in mehreren Interviews dessen Rolle im Holocaust herunterzuspielen.

Sein juristisches Dokorexamen hatte der 1917, während eines Fronturlaubs quasi nebenbei absolviert, sich an der Front mit tollkühnen Einsätzen bewährt und fleißig Kriegsorden gesammelt. Und während die zunächst überzeugte Atheistin Edith Stein in ihren Dreißigern eine Hinwendung zum Katholizismus vollzog, suchte der Vereinsmeier Seyß-Inquart schon früh den Anschluss an deutsch-nationale Kreise, Debattierclubs, in denen das Katholisch-Sein oft nur als Feigenblatt fungierte, um sich aus Intoleranz, Gewalt und Dogmen Hörigkeit ein neues Lebensgefühl zu basteln.

Ein Lebensgefühl ähnlich wie heute

Es war ein Lebensgefühl, das ab Ende der zwanziger Jahre, ähnlich wie heute immer mehr vor allem junge Wähler in den Bann zog. Und einmal mehr die Annahme nährte, dass sich die faschistischen Bewegungen Europas, allen voran der deutsche Nationalsozialismus als Bewegungen der Jugend verstanden: begehrte Zielgruppen, die es – damals wie heute – für das vermeintlich „Neue“ zu begeistern galt.

Die Vita des Arthur Seyß-Inquart offenbart in erschreckender Weise, wie einfach es sein kann, christliche Prägung mit kriminellen Denken und Tun zu verbinden. Analogien zu italienischen und südamerikanischen Drogenbossen werden deutlich. Bis zum Schluss hat der Katholik Seyß-Inquart brav seine Kirchensteuer bezahlt. Und zugleich Gefallen daran gehabt, Erschießungsbefehle zu erteilen. In einer privaten Unterhaltung mit SS-Reiseführer Heinrich Himmler hatte er durchblicken lassen, dass das „Christentum keine Irrlehre“ sei. Denn wenn ein Volk tausend Jahre lang geirrt hätte, dann wäre es in „seinem Kern doch ohne Wert“, ganz abgesehen vom positiven Einfluss, der vom Christentum auf die Entwicklung der deutschen Nation ausgegangen sei. Woraufhin sich Himmler wohlwollend über jede „Gottgläubigkeit“ geäußert haben soll, und dass in der SS „Platz sei für jede individuelle Überzeugung“ mit Ausnahme des Atheismus. So unterschiedlich die Lebenswege Arthur Seyß-Inquarts und Edith Steins auch gewesen sein mögen, so sehr dürfte sich bei beiden in der Übergangsphase zum Erwachsenwerden ein Paradigmenwechsel, will sagen: eine Verschiebung normativer Axiome mit unterschiedlicher Zielrichtung vollzogen haben. Dies dergestalt, dass der eine zum Anhänger einer mörderischen Weltanschauung mutierte und seine christliche Prägung als bürgerliche Fassade missbrauchte. Die andere, Edith Stein, vollzog den Bruch mit ihren jüdischen Wurzeln, fand ihr Seelenheil in Jesus Christus und folgte dem Ruf des Karmeliterordens, einer Gemeinschaft, die für ihre Strenge bekannt ist.

Am 31. Dezember 1938 war Schwester Edith Stein von Köln ins Kloster Echt in den Niederlanden übersiedelt, da sich die Lage für Juden in Deutschland nach den Novemberpogromen immer weiter zugespitzt hatte. „Dort wurde sie Anfang August 1942 von der Gestapo verhaftet, als Reaktion auf die Renitenz der katholischen Obrigkeit in den Niederlanden gegen Maßnahmen der deutschen Besatzer“, sagt Uwe Puschner.

Selbstfindung im Fin de siècle

Bei näherem Hinschauen entpuppen sich die Biografien Arthur Seyß-Inquarts und Edith Steins als Blaupausen einer Ära, die später als „Fin de siècle“ in die Literatur- und Kunstgeschichte eingegangen ist; den Übergang vom 19. zum 20. Jahrhundert, den vor allem junge Menschen als eingengend, verstörend und verwirrend empfunden haben. Und der erklärt, warum so viele den Ausbruch des Ersten Weltkrieges als Befreiung sahen, warum sich im Sommer 1914 ganze Abiturientenjahrgänge mit Begeisterung in gegnerisches MG-Feuer warfen. Unter ihnen der Schriftsteller Ernst Jünger (1895–1998), der diesem Zeitgeist ein literarisches Denkmal gesetzt hat.

Auch die späteren Lebensjahre Edith Steins und Arthur Seyß-Inquarts waren geprägt vom Schwanken zwischen Aufbruchsstimmung und diffuser Zukunftsangst, von Regression, Endzeitstimmung und Lebensüberdruß; ebenso Weltschmerz, Todessehnsucht und Vergänglichkeit, eine allgemeine Krise, die maßgebende Gesellschaftsschichten ergriffen hatte, weil Grundwerte des sozialen Lebens nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg aus den Fugen geraten waren. Und kluge Geister prophetisch vorausahnten, dass Heilsversprecher vom Schlage Stalins, Maos und Mussolinis die Menschheit bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts an den Rand der Apokalypse führen würden. Eine historisch-soziale Genese ihresgleichen, an der sich Arthur Seyß-Inquart aktiv beteiligte, während Edith Stein den Weg der inneren Emigration beschritt, der in Auschwitz ein grausames Ende gefunden hat. (kna HG 08.05.2025)

- **In der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ kommentiert der frühere israelische Parlamentspräsident Avraham Burg zu der von Israels Botschafter in Berlin, Ron Prosor, ausgelösten Debatte um den Gaza-Krieg und Holocaust:**

„[...] Der Horror des 7. Oktobers hat das Trauma Holocaust mit der Gegenwart verbunden und damit eine politische Atmosphäre befeuert, in der für Israel „alles erlaubt ist“, um einen weiteren Holocaust an den Juden zu verhindern. Das müssen wir kategorisch zurückweisen.

Nichts, was Israel den Palästinensern im vergangenen Jahrhundert zugefügt hat, rechtfertigt die Gräueltaten der Hamas, und nichts, was die Hamas getan hat, rechtfertigt Israels anhaltende Verwüstung im Gazastreifen. Ein Verbrechen wiegt ein anderes nicht auf. Die schrecklichen Taten der Hamas waren kein Holocaust. Und gerade weil wir den Holocaust erfahren haben, müssen wir mehr als alle anderen die ethischen und rechtlichen Grenzen von Macht und Brutalität verstehen. Doch stattdessen nutzen zu viele Israelis den Holocaust, um diese Grenzen aufzuheben.

Wer die Universalisierung der Lehren aus dem Holocaust als Bedrohung der jüdischen Identität darstellt, verrät eine zentrale jüdische Tradition: Israels Gründer strebten - in der Folge der biblischen Propheten - eine Gesellschaft an, die von Gerechtigkeit geleitet wird und nicht von Militarismus oder Opferdenken. Prosors Artikel propagieren hingegen eine engstirnige, isolationistische Agenda, die das Gedenken als Waffe einsetzt, um das Unentschuldbare zu entschuldigen. Sich

auf den Holocaust zu berufen, um sich gegen die Menschenrechte und das Völkerrecht zu stellen, ist keine Erinnerung - es ist eine Form der Holocaust-Leugnung.

Das Argument, dass es die Einzigartigkeit des Holocausts schmälere, wenn seine Lehren verallgemeinert würden, ist eine gefährliche Täuschung. Die Besonderheit des Holocausts – des systematischen Völkermords am jüdischen Volk - bleibt vollkommen unversehrt, wenn seine Lehren für Juden, Palästinenser und alle Menschen gleichermaßen universell angewendet werden. [...]“ (kna HG 08.05.2025)

- **In der „Jüdischen Allgemeinen“ betrachtet Andrej Hermlin kritisch jüngste Äußerungen aus der Partei „Die Linke“:**

„[...] Und jetzt schließlich das: Die Linke hat auf ihrem jüngsten Parteitag gewissermaßen im Handstreich ihr Verständnis vom Antisemitismus geändert. Israel das Existenzrecht abzuspochen, ist fortan für die Linke nicht mehr zwangsläufig antisemitisch. Die mit Hamas-Dreiecken und Bluthänden beschmierten Hörsäle deutscher Universitäten sind für Die Linke offensichtlich nunmehr Ausdruck schützenswerter Meinungsfreiheit. Dieser Schutz gilt auch jenen, die in Neukölln am 7. Oktober Süßigkeiten verteilt hatten und heute bei jeder passenden Gelegenheit bekunden, Israel von der Landkarte tilgen zu wollen. Damit hat sich Die Linke ganz nebenbei auch von Lenin verabschiedet. Bei Lenin kann man nachlesen, was der Führer der russischen Revolution von der antisemitischen Hetze des zaristischen Regimes hielt. Antisemiten werden niemals Sozialisten sein können. Und wahre Sozialisten sind qua Definition keine Antisemiten. [...]“ (kna HG 15.05.2025)

- **Israels zunehmende internationale Isolation kommentiert Axel Hanecke in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“:**

„Es spricht für sich, in wessen Gesellschaft sich Israels Regierung inzwischen befindet. Während einstige Freunde immer drastischere Worte finden und Emmanuel Macron, Keir Starmer und Mark Carney von einer ‚völlig unverhältnismäßigen Eskalation‘ und ‚ungeheuerlichen‘ Aktivitäten in Gaza sprechen, kommt demonstrative Unterstützung aus Ungarn. Das tritt wegen des Haftbefehls gegen Benjamin Netanjahu aus dem Statut des Internationalen Strafgerichtshofs aus. Netanjahu wird wissen, welchen anderen, von Den Haag gesuchten Staatenlenker Viktor Orbán ebenfalls gern verteidigt. [...] Sicher ist das Weltstraßgericht nicht über jeden Zweifel erhaben. Juristisch lässt sich über den Haftbefehl gegen Netanjahu mit guten Gründen streiten, für beide Seiten gibt es Argumente (zumal sich die Vorwürfe anfangs nur auf den Beginn des Krieges bezogen). Doch mit der jüngsten Eskalation und der weiterhin fast vollständigen Abriegelung des Gazastreifens gibt Netanjahu den Ermittlern in Den Haag selbst die besten Argumente. Recht und Verhältnismäßigkeit spielen für ihn offenbar keine Rolle mehr.“ (kna HG 22.05.2025)

- **Deutschlands Haltung gegenüber Israel und zum Gaza-Krieg kommentiert Nana Gerritzen in „Publik-Forum“:**

„[...] 60 Jahre nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Israel und Deutschland sollte die Bundesregierung ihre Interpretation der Staatsräson überdenken. Kritik an der israelischen Kriegsführung in Gaza ist nicht gleichbedeutend mit Antisemitismus.[...] Deutschland kann sich seiner historisch gewachsenen Verantwortung zum Schutz jüdischen Lebens und Israels bewusst sein, den brutalen Überfall der Hamas am 7. Oktober 2023 auf das Schärfste verurteilen, die sofortige Freilassung aller verbliebenen israelischen Geiseln fordern und sich gleichzeitig vehement für einen Waffenstillstand, den Schutz der palästinensischen Zivilbevölkerung und den sicheren Zugang notwendiger Hilfsgüter nach Gaza einsetzen. Empathie mit Menschen auf beiden Seiten ist möglich und nötig, wenn man Menschenleben nicht unterschiedlich hoch bewerten will.“ (kna HG 22.05.2025)

- **„Die antisemitischen Angriffe werden wohl steigen und eine neue Dimension erreichen“ - Die Erschießung eines israelischen Paares in Washington D.C. haben Journalisten besonders oft kommentiert:**

Die Tat in Washington D.C. zeige eine neue Dimension der Gefahr vor antisemitischen Übergriffen, schreibt Christian Tretbar im „Tagesspiegel“: „Der Konflikt ist entgrenzt – was auch daran abzulesen ist, dass Israelis weltweit jetzt noch mehr in Gefahr sind als ohnehin schon. Die antisemitischen Angriffe werden wohl steigen und eine neue Dimension erreichen. [...] Was für ein Wahnsinn. Offenbar halten es vermeintliche ‚propalästinensische‘ Aktivisten für legitim, mit Mord gegen die Zustände in Gaza zu protestieren. Als rechtfertigte das diese ungeheuerliche Tat. Die ganze Entwicklung wird dramatisch. Für Jüdinnen und Juden, für Israelis weltweit, aber natürlich

auch für Palästinenser. Die israelische Gesellschaft wird gespalten, die Palästinenser sind ohne Hoffnung. Und beiden fehlt eine politische Führung mit dem Willen zum Frieden.“

„Die Wut der israelischen Regierung ist verständlich, aber zielt auf die Falschen“, kommentiert Rewert Hoffer in der schweizerischen „Neuen Zürcher Zeitung“: „In einer Welt, in der die internationalen Institutionen tendenziell israelfeindlich sind, und in einer Region voller Feinde wäre eher Kooperation statt Konfrontation angesagt. Weil aber Attacken auf ausländische Staaten bei der eigenen Bevölkerung gut ankommen, isoliert sich die israelische Regierung international Tag für Tag mehr. [...] Mehr Wachpersonal und Stacheldraht vor israelischen Botschaften sind leider notwendig. Doch eines ist klar: Für langfristige Sicherheit braucht das kleine Land auch Vernetzung mit der Welt und Verständnis im Ausland. Statt sich nur einzubunkern, sollte Israel ferner darauf verzichten, seine Freunde in der Welt unnötig zu verprellen. Viele hat der jüdische Staat nämlich nicht mehr.“

Die ideologischen Motive des mutmaßlichen Terroristen vor dem Jüdischen Museum in Washington analysiert Philosophin Renée Fregosi in der französischen Zeitung „Le Figaro“: „Die Totalitarismen von gestern – der Faschismus ebenso wie der Kommunismus und Nationalsozialismus – haben gezeigt, dass sie ausgehend von einer kleinen, anfänglich minoritären Gruppe, die oft wackelige, absurde oder dumme Theorien vertrat, sowohl massenhaft schwache Geister gewinnen, als auch andere hochgebildete Menschen verführen und dank ihnen die Brutalisierung auf die gesamte Gesellschaft ausweiten konnten. Heute beweisen der islamistische Totalitarismus und der Woke-Terrorismus, dass sie ebenso in der Lage sind, viele Intellektuelle für ihre zerstörerischen Offensiven zu mobilisieren. (kna HG 28.05.2025)

- **Nach dem Attentat auf zwei israelische Botschaftsmitarbeiter in Washington kommentiert Milena Santerini im italienischen „Avvenire“ die Lage Israels:**

„[...] Für viele stellt sich die quälende Frage, was Israel wirklich braucht. Sicher ist es notwendig, seine Sicherheit zu gewährleisten, die Rechtslage in einem gequälten Land wiederherzustellen, wieder diplomatisch tätig zu werden für eine politische und nicht nur militärische Lösung [...] Es nützt nichts, Aktionen fortzusetzen, die die Menschenrechte der Palästinenser nicht respektieren. Dies dient vor allem nicht dazu, dem Antisemitismus entgegenzutreten, der hinter dem Deckmantel der Kritik an der israelischen Politik wieder auftaucht.

In den letzten Jahren hat der Antisemitismus in Europa und Italien vor allem in Abhängigkeit von der internationalen Lage zu- oder abgenommen. Er nahm zu, etwa während jeder Intifada oder Kriege in der Region, und ging in ruhigen Zeiten wieder zurück. [...]

Die totale Identifikation zwischen der jüdischen Welt der Diaspora und Israel hilft jedoch nicht bei der Bekämpfung dieser Geißel, was durch die Tatsache belegt wird, dass viele jüdische Gemeinden in der ganzen Welt und viele israelische Bürger die Exzesse der Regierung Netanjahu und ihre diskriminierende Politik nicht gutheißen. [...] In der Tat wird von der jüdischen Welt Widerstand gefordert: sich nicht der Idee hinzugeben, dass die ganze Welt ihr Feind ist, aber auch nicht dem Teufelskreis der Gewalt zu verfallen. [...] Wir alle müssen dazu beitragen, dass die Erinnerung an die unschuldigen Opfer der Shoah und der Kampf gegen den Antisemitismus nicht durch die heutige Gewalt geschwächt werden.“. (kna HG 28.05.2025)

- **Antisemitismus interreligiös bekämpfen - „Du Jude“ sei inzwischen das häufigste Schimpfwort auf deutschen Schulhöfen, sagt die Münchner Religionspädagogin Mirjam Schambeck. Sind alle gegenläufigen erzieherischen Maßnahmen verpufft? Ein interreligiöser Studientag sucht Antworten. Von Christoph Renzikowski**

Antisemitische Vorfälle in Deutschland haben in erschreckendem Ausmaß zugenommen. Fast keine Woche vergeht ohne eine Veröffentlichung neuer alarmierender Zahlen. Was die Frage aufwirft: Sind vier Jahrzehnte „Holocaust Education“ für die Katz gewesen?

Die Katholisch-Theologische Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) hat am 21. Mai zu einem Studiennachmittag geladen. Es geht um „Antisemitismuskritische Theologie und Bildung“ und „einen Beitrag zur Theologie des Interreligiösen Dialogs“. Naturgemäß ist die katholische Theologie auf dem Podium gut vertreten, dazu stößt ein Rabbiner aus der Schweiz. Aber der zunächst als Muslim wahrgenommene Sozialwissenschaftler Cemal Öztürk entpuppt sich als evangelisch getaufter und konfirmierter Sohn einer Deutschen aus Schleswig-Holstein und eines Vaters aus dem türkischen Antakya, der einer islamischen Minderheit angehört. Öztürk nimmt das wahr und fühlt sich dadurch zu einem entsprechenden „Disclaimer“ veranlasst, bevor er mit seinem Vortrag beginnt.

Das zeigt vielleicht schon ein erstes Problem an: Für einen echten interreligiösen Dia- bzw. Trialog ist es gar nicht so leicht, in Deutschland Gesprächspartner zu gewinnen, die einander auf Augenhöhe begegnen können. Der mitveranstaltenden Eugen-Biser-Stiftung ist das durchaus bewusst. Sie beschäftigt in ihrer kleinen Belegschaft, mit der sie vor allem interreligiöse Demokratieerziehung in Bayern und Baden-Württemberg betreibt, christliche, jüdische und muslimische Fachleute. Vor Jahren hat sich die Stiftung für einen interreligiösen Studiengang an der LMU stark gemacht. Ohne Erfolg.

Das außerdem als Kooperationspartner des Studenttags firmierende „Haus der Kulturen und Religionen München“ ist ein Verein, der sich seit Jahren bemüht, ein solches Haus in der bayerischen Landeshauptstadt zu errichten. Allein: Bisher gibt es kein Haus, sondern nur provisorische Unterkünfte. Gemessen an der überschaubaren Teilnehmerzahl lässt auch dieser Studientag den Schluss zu: Interreligiöser Dialog ist selbst in einer multikulturellen Millionenstadt wie München kein massentaugliches Thema, sondern etwas für Spezialisten. Dass er aber gerade in der akademischen Welt dringlicher ist denn je, dazu genügt ein Besuch der Uni-Toiletten in der Pause mit deren antiisraelischen und antisemitischen Latrinenparolen.

Antisemitismus lässt sich auf vielerlei Weise definieren, er speist sich aus vielen Quellen und lässt sich als geschichtsmächtige Erzählung immer wieder aktualisieren. Vor allem: Er kommt ohne jede reale Erfahrung mit dem Judentum aus. Der Berner Rabbiner Jehoshua Ahrens zitiert dazu seinen 2020 verstorbenen britischen Kollegen Jonathan Sacks: „Im Mittelalter wurden Juden beschuldigt, Brunnen zu vergiften, die Pest zu verbreiten und christliche Kinder zu töten, um deren Blut zu verwenden. In Nazideutschland wurden sie beschuldigt, sowohl das kapitalistische Amerika als auch das kommunistische Russland zu kontrollieren. Heute werden sie beschuldigt, sowohl den IS als auch Amerika zu steuern. All die alten Mythen wurden recycelt – von der Ritualmordlegende bis hin zu den Protokollen der Weisen von Zion. Die Karikaturen, die den Nahen Osten überfluten, sind Nachahmungen derer, die in ‚Der Stürmer‘ veröffentlicht wurden.“

Welches Kraut könnte dagegen helfen? Mehr Bildung? Sozialwissenschaftler Öztürk warnt vor Illusionen. Die Hoffnung etwa, unter Migranten verbreitete antisemitische Vorurteile würden sich abschwächen, je länger sie in Deutschland seien und vor allem, je länger sie am deutschen Bildungssystem teilnähmen, hätten sich empirisch nicht erfüllt. Zugleich wendet sich der Experte dagegen, im Antisemitismus vorwiegend ein Problem zu sehen, dass erst mit der zunehmenden Migration wieder nach Deutschland eingewandert sei. Bestimmte Formen von Antisemitismus seien in Deutschland inzwischen gesellschaftlicher Mainstream. Dies gelte vor allem für eine sogenannte Schluss-Strich-Mentalität.

Zu viel Wissen für den Kopf – zu wenig persönliche Begegnung?

Die katholische Religionspädagogin Mirjam Schambeck räumt selbstkritisch ein, „Holocaust Education“ habe sich wohl zu lange auf reine Wissensvermittlung konzentriert und dabei die affektive Seite vernachlässigt. Sie wirbt für persönliche Gespräche und Begegnungen. Und wenn Zeitzeugen wie die inzwischen auch schon hochbetagte Charlotte Knobloch einmal nicht mehr seien, müssten sie eben mithilfe von „virtual reality“ weiter am Leben erhalten werden.

Ein weiteres Problem: Schon wegen der Zahlenverhältnisse sind in Deutschland Alltagsbegegnungen mit Menschen jüdischen Glaubens sehr selten, einmal abgesehen von wenigen Großstädten. Wer hat schon in seinem Bekannten-, geschweige Freundeskreis Jüdinnen oder Juden? Natürlich könnten Rabbiner, Pfarrer und Imame gemeinsam Schulklassen besuchen. Mehr Eindruck würden bei Schülerinnen und Schülern aber womöglich Kontakte zu Gleichaltrigen hinterlassen. In der Schweiz gibt es solche Programme, sagt Jehoshua Ahrens.

Bei der Ausbildung von Lehrkräften wäre viel zu tun, ist man sich an dem Studientag auf dem Podium einig. An den Universitäten gibt es jedoch praktisch keine personelle Basis für interreligiösen Dialog. Theologische Lehrstühle für Judentum und Islam? Fehlanzeige. München mit seiner starken katholischen und evangelischen Fakultät und dem europaweit einzigartigen Institut für Orthodoxe Theologie wäre sicher ein guter Standort. Dafür aber müssten Partikularinteressen zurückgestellt werden.

Stichwort Partikularismus. Rabbiner Ahrens stellt in den Raum, dass das Judentum im Kampf um seinen eigenen Staat seine ebenso vorhandene universalistische Seite vielleicht vernachlässigt habe. Zum Beleg zitiert er mehrere rabbinische Stimmen seit dem 18. Jahrhundert: Sich dem Guten und Wahren einer anderen Religion öffnen, ohne sich selbst zu verleugnen und das Eigene

zu verachten, sollte das nicht möglich sein? Und dann macht er noch eine Feststellung, die länger nachhallen wird: In ihrer Alltagspraxis seien sich Juden und Muslime in Deutschland doch viel näher als anderen. Der Rabbiner verwies auf Rituale wie Beschneidung oder Speisevorschriften, aber auch den migrantischen Hintergrund bei den meisten. Wenn da bloß nicht der – soll man sagen vermaledeite? – Israel-Palästina-Konflikt wäre. (kna HG 28.05.2025)

- **Christoph Strack mahnt auf „katholisch.de“, die Christen im Nahen Osten nicht zu vergessen:** „Manchmal reicht ein kleiner Unterschied. Vor einigen Tagen bilanzierte Bundeskanzler Friedrich Merz in der Bundespressekonferenz den Beginn der Koalition und die Weltlage. Irgendwann ging es auch um die dramatische Lage im Gazastreifen, in Israel, den Palästinensergebieten. Ausdrücklich kritisierte Merz ‚die Siedlungspolitik im Westjordanland. Sie findet nicht die Zustimmung der Bundesregierung‘. Am gleichen Tag äußerte sich auch der französische Präsident Emmanuel Macron. Zuvor hatte er mit dem Lateinischen Patriarchen von Jerusalem, Kardinal Pierbattista Pizzaballa, telefoniert. ‚Ich habe ihm gegenüber die Solidarität Frankreichs mit allen Christen Palästinas bekräftigt, die heute von Gaza bis Taybeh bedroht sind‘, so Macron. Taybeh – das macht den Unterschied. Klar, die Lage im Gazastreifen ist fürchterlich. Wohl an die zwei Millionen Palästinenser leiden unter Hunger und israelischem Beschuss, Zigtausende wurden getötet. Und nach wie vor sind Dutzende israelische Geiseln in den Händen von Hamas-Terroristen. Doch im Schatten dieses Grauens eskaliert die Situation auch in palästinensischen Gebieten. Wiederholt hatten radikale israelische Siedler in den vergangenen Wochen in Taybeh randaliert, Olivenhaine zerstört, Autos und Wohnhäuser angezündet, wohl auch ein Feld nahe der Ruinen der historisch wichtigen Kirche des Ortes. Diese Extremisten können das tun, weil niemand die Aggression mit Entschiedenheit stoppt. Extremisten sind Teil der israelischen Regierung. Und der katholische Pfarrer beklagte Untätigkeit der Sicherheitsbehörden. Taybeh, das einzig verbliebene christliche Dorf im Land, leidet in diesen Wochen. Der US-Botschafter in Israel, Mike Huckabee, ein Trump-Mann, sprach nach einem Besuch vor Ort mit Blick auf Attacken gegen die Kirche-Ruine von einem ‚Verbrechen gegen die Menschlichkeit und gegen Gott‘. Doch am Statement von Macron fällt noch etwas auf. Der Präsident hatte zuvor mit Patriarch Pizzaballa telefoniert. Kann sich irgendjemand an die Schilderungen aus dem Mund der letzten deutschen Außenminister oder Kanzler nach ihrem Austausch mit Patriarch Pizzaballa erinnern? Oder auch mit dem evangelischen Propst in Jerusalem? Nein? Eben. Als Pizzaballa im März in Deutschland war, konnte er keine Begegnung mit einem deutschen Spitzenpolitiker schildern. Nicht eine. Berlin stand auch nicht auf seinem Reiseplan.“ (kna HG 24.07.2025)
- **„Der Gaza-Appell an Israel ist nicht ausreichend“, kommentiert Andreas Schwarzkopf in der „Frankfurter Rundschau“:** „Die berechtigte Forderung eines sofortigen Endes des Krieges im Gazastreifen wäre überzeugender, wenn die 28 Staaten nicht nur Israel, sondern auch die Hamas ausdrücklich kritisieren würden. Dann könnte die israelische Regierung eine solche Initiative nicht einfach mit dem Hinweis abtun, die Verantwortlichen des Vorstoßes hätten die Bedrohung Israels nicht verstanden. [...] Womöglich wären dann mehr als eine Minderheit in Israel bereit, das Leid der Palästinenserinnen und Palästinenser zu sehen und in einem nächsten Schritt die eigene Regierung zu einem Ende des Krieges und damit zu einem Ende des höllischen Tuns in Gaza zu drängen. Wer den Kern des Konflikts aus den Augen verliert, läuft Gefahr, die ermüdende Spirale der Argumente anzuschieben. Oder hat bereits die Ausweglosigkeit des Konflikts hingenommen. [...] Vielmehr müssten intensiver als bisher auch andere Wege aus dem Konflikt diskutiert werden. Warum sollen nicht auch Mahmud Abbas und die palästinensische Autonomiebehörde mehr in die Verantwortung genommen werden, um die Hamas zu kritisieren, um so die Terrororganisation zu delegitimieren? Warum soll Katar als einer der Unterstützer der Hamas diese unter Druck setzen? Es sind eben besondere Schritte nötig, um diesen Krieg zu beenden.“ (kna HG 24.07.2025)
- **Als zu einseitig sieht den Aufruf zum Kriegsende die niederländische Zeitung „De Telegraf“:** Der Krieg kann enden, wenn Hamas sich ergibt und die Geiseln freilässt. Seit letzter Woche liegt ein Vorschlag für einen Waffenstillstand auf dem Tisch, der zu einem besseren System der Hilfslieferungen in Gaza führen muss. Israel hat die notwendigen Zugeständnisse gemacht und den Vorschlag angenommen. Jetzt ist die Hamas am Zug. Die Erklärung der 28 Länder kommt zu einem heiklen Zeitpunkt in den Verhandlungen, denn eine Reaktion der Hamas blieb aus. Doch jetzt haben die Terroristen die Erklärung schnell begrüßt. Solange der einseitige Druck auf Israel erhöht wird, ist Hamas zufrieden.“ (kna HG 24.7.2025)
- **„Die islamische Welt darf nicht zuschauen“, meint Resul Tosun in der türkischen Zeitung „Star“:** „Im Gazastreifen massakriert das von den USA unterstützte Israel täglich Dutzende Palästinenser auf grausame Weise, nutzt gleichzeitig den Hunger als Waffe und setzt einen systematischen Vernichtungsplan gegen zwei Millionen Menschen um. Die islamische Welt, bestehend aus

zwei Milliarden Menschen, sieht dabei nur zu. [...] Die aktuelle Lage entsteht nicht aus materieller Not oder Mangel an Spenden. Tausende Tonnen an Lebensmitteln, Medikamenten und anderen Hilfsgütern warten außerhalb der Grenze. Mit anderen Worten: Der Zugang von Hilfsgütern nach Gaza wird vom US-unterstützten Israel blockiert. [...] Auch Geld hat keinen Wert. Selbst wer eine Million Dollar besitzt, kann kein Kilo Fleisch kaufen - denn es gibt schlichtweg keine Versorgungsgüter in Gaza. Nicht wegen Mangels, sondern wegen der israelischen Blockade und der Untätigkeit der Regierungen in der islamischen Welt.“ (kna HG 24.07.2025)

- **Die Untätigkeit des Westens kritisiert Jordi Juan in der spanischen Zeitung „La Vanguardia“:** „Es ist wirklich ermüdend, immer wieder daran erinnern zu müssen, dass die Hamas zwar ein schreckliches Massaker begangen hat, dieser Terroranschlag aber kein Alibi für die Vernichtungskampagne des palästinensischen Volkes sein kann. [...] Dass es eine Schande ist, dass Menschen getötet werden, während sie auf Essen warten und dass Lebensmittel rationiert werden, um Hunger zur Kriegswaffe zu machen. Und vor allem, dass der Westen unfähig ist, diesen Krieg zu beenden. [...] Von Donald Trump ist wenig zu erwarten, aber auch die Haltung der EU ist ziemlich kläglich.“ (kna HG 24.07.2025)
- **„Frieden in Gaza ist noch immer in weiter Ferne“, schreibt Kristiana Ludwig auf „sz.de“:** „Gemessen an den katastrophalen Zuständen, dem Hunger und Durst, unter dem Palästinenserinnen und Palästinenser im Gaza Krieg leiden, ist Israels Ankündigung – wenn sie denn in diesem Umfang umgesetzt wird – eine Erleichterung: humanitäre Feuerpausen und eine sichere Durchfahrt für die Hilfslieferungen von internationalen Organisationen. Diese Maßnahmen bedeuten, dass den Menschen wieder ungefährlichere Wege eröffnet werden, sich und ihre Familien zu ernähren. Bislang sind viele von ihnen gezwungen, sich bei Ausgabestellen anzustellen, an denen immer wieder Menschen erschossen werden. [...] Doch leider ist es zu früh, deshalb nun auch auf ein Kriegsende zu hoffen, auf das so viele Länder ebenfalls drängen. Denn innerhalb Israels Regierung sind schon die neuen Hilfskorridore von massiver Kritik begleitet worden. Auch US-Präsident Donald Trump, auf dessen Wort es in diesem Konflikt besonders ankommt, hat in der vergangenen Woche mit seinen wütenden Äußerungen in Richtung Hamas eine Waffenruhe eher unwahrscheinlicher gemacht. Die Zivilbevölkerung in Gaza mit Nahrung zu versorgen, ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit – das Gegenteil wäre ein Verbrechen. Und dies allein lindert ihr Leid auch noch nicht. Denn ein Großteil ihrer Häuser, ihrer Kliniken und der Infrastruktur in Gaza ist zerstört, und Israel wird weiter bombardieren. [...]“ (kna HG 31.07.2025)

„Gefahr ist groß, dass die humanitäre Hilfe für Gaza nur kurzfristig ist“, meint Kim Son Hoang auf dem österreichischen Nachrichtenportal „derstandard.at“: „[...] Hilfsgüter werden aus der Luft abgeworfen, Grenzübergänge für Lkws geöffnet, und nun verkündete Israel „taktische“ Feuerpausen, damit die Hilfe auch sicher ankommt. Doch die Sache hat einige Haken. Stand jetzt ist es natürlich viel zu wenig Hilfe für das große Leid in Gaza. Dafür müsste man diese auf allen verfügbaren Wegen ungebremst ermöglichen. So weit wird es aber wohl nicht kommen, denn Israel zeigt überhaupt keine Einsicht. Weiterhin bestreitet die Regierung, dass es in Gaza eine Hungerkrise gibt. Auch wird moniert, dass die Hamas Hilfsgüter abfange, um sie zu verkaufen und damit ihr Terrorgeschäft zu finanzieren. [...] Angesichts solcher Aussagen ist klar, dass die nun gesetzten Schritte nur dazu dienen, um die vielen Kritiker zufriedenzustellen. Und es ist zu befürchten, dass die Hilfe beim ersten Anlass wieder eingestellt wird, wie es seit Israels Invasion im Gazastreifen schon mehrere Male vorgekommen ist. Und dann fängt das Massenhungern in Gaza wieder von vorn an.“ (kna HG 31.07.2025)

- **Für „Die Tagespost“ kommentiert Stephan Baier den wachsenden Druck auf Israel:** „[...] Selbst die engsten Verbündeten Israels, Deutschland und die USA, sind entsetzt von der humanitären Katastrophe im Gazastreifen und drängen die Regierung Netanjahu flehentlich, aber bislang erfolglos zu einem Kurswechsel. Andere westliche Staaten sind da historisch weit weniger belastet und darum auch weniger gehemmt. Immer mehr Länder werfen Israel einen sich anbahnenden Völkermord im Gazastreifen vor und drohen mit einer einseitigen Anerkennung Palästinas, wie sie eine überwältigende Mehrheit der UN-Mitgliedsstaaten längst vollzogen hat. [...] mindestens 140 der 193 UN-Mitglieder [haben] eine palästinensische Staatlichkeit bereits anerkannt haben – selbstverständlich repräsentiert durch die Palästinensische Autonomiebehörde von Mahmud Abbas, nicht durch die Hamas. [...] Die Bilder aus Gaza prägen die Weltpolitik – offenbar schneller und tiefer als dies der israelischen Regierung bewusst ist. Wenn sie keinen Weg findet, ihre politischen und militärischen Ziele jenseits einer humanitären Katastrophe anzusteuern, wird die Regierung Netanjahu Israel weltpolitisch in die Isolation führen. Und das, nicht die Idee einer Zweistaatenlösung, wäre ein später Sieg für die Hamas.“ (kna HG 31.07.2025)

- **Israelische Siedler-Übergriffe werden Politikum in Athen.** Übergriffe jüdischer Siedler auf griechisch-orthodoxes Kircheneigentum im Westjordanland beschäftigen inzwischen die Regierung in Athen. Wie die griechische Zeitung „Kathimerini“ vergangene Woche meldete, war ein jüngster Vorfall beim Gerasimos-Kloster bei Jericho Thema einer eingehenden Besprechung im Außenministerium. Auch wenn Griechenland in die Frage der Siedlungen in den besetzten Gebieten üblicherweise nicht eingreife, bemühe man diplomatische Kanäle, wenn Interessen des griechisch-orthodoxen Patriarchats von Jerusalem berührt seien, hieß es. Der Zeitung zufolge gab es vor allem seit Beginn des Gaza-Kriegs vor zwei Jahren wiederholt Konflikte zwischen Siedlern und der orthodoxen Kirche. Jüngster Streitpunkt seien mindestens fünf Außenposten der völkerrechtlich illegalen Siedlungen nahe dem Kloster südwestlich von Jericho. Das Gerasimos-Kloster geht auf einen Wüstenmönch des 5. Jahrhunderts zurück; Teile des heutigen Komplexes stammen aus dem 12. Jahrhundert. (kna HG 14.08.2025)
- **EKD-Auslandsbischof macht Antrittsbesuch im Heiligen Land.** Der neue Auslandsbischof der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Frank Kopania, ist zu einem sechstägigen Antrittsbesuch ins Heilige Land gereist. „Schmerz und Trauer sind hier mit den Händen zu greifen“, sagt er nach seiner Rückkehr. Kopania besuchte unter anderem die Gedenkstätte des Nova-Festivals, bei dem am 7. Oktober 2023 mehr als 360 Menschen beim Terrorangriff der Hamas getötet wurden. Er wolle vor allem der Spaltung und dem Gegeneinander-Ausspielen von Leid entgegenreten: „Das Leid des einen wird nicht kleiner, wenn wir das Leid des anderen anerkennen“, sagte Kopania. Während seines Aufenthalts traf er anglikanische, evangelisch-lutherische und benediktinische Kirchenvertreter und zeigte sich beeindruckt von den Menschen, die trotz schwieriger Umstände Wege zum Frieden suchen, so auch beim Gespräch mit dem Präsidenten der Europäischen Rabbinerkonferenz, Pinchas Goldschmidt. Kopania betont: „Im interreligiösen Austausch steckt eine große Kraft. Ich habe hier ein respektvolles Begegnen erlebt, Allianzen über vermeintliche Grenzen hinweg und die Erfahrung, dass der Glaube immer wieder neue Kraft verleiht.“ Ein geplanter Solidaritätsbesuch in Taibeh musste wegen einem Brand auf der Zufahrtsstraße verschoben werden. Der Propst von Jerusalem, Joachim Lenz, soll den Besuch nachholen. (kna HG 14.08.2025)
- **In der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ kommentiert Berthold Kohler die Reaktionen auf die Entscheidung von Bundeskanzler Friedrich Merz, Waffenlieferungen an Israel vorerst einzuschränken:** „[...] Der partielle Lieferstopp wird auch die Schlagkraft der israelischen Armee kaum verringern. In die deutsche Sommerpause aber schlug der Beschluss des Kanzlers ein wie die sprichwörtliche Bombe. Er ist als Tabubruch verstanden und dargestellt worden – als Bruch mit der deutschen ‚Staatsräson‘, für die Sicherheit Israels Sorge tragen zu müssen. Der Kanzler hat inzwischen erklärt, dass sich an den Grundsätzen der deutschen Israelpolitik nichts geändert habe. Es gebe nur einen Dissens über das weitere Vorgehen Israels im Gazastreifen. [...] Doch inzwischen wird nicht nur in Berlin mit großer Sorge verfolgt, wie skrupellos Netanjahu den Freibrief für die Drecksarbeit (auch zur Verfolgung eigener politischer Zwecke) nutzt, der ihm insbesondere von seinem wichtigsten Unterstützer Trump ausgestellt worden ist. [...] Mit seiner offenbar ziemlich einsamen Entscheidung überrumpelte der Kanzler jedoch alle im eigenen Lager, die weiterhin an einer bedingungslosen Unterstützung festhalten wollen, was immer die Regierung Netanjahu auch beschließt und tut, so umstritten das in Israel selbst sein mag. [...] Doch wie weit würde Deutschland einen Weg mitgehen, wenn es ihn für falsch und fatal hält, aus realpolitischen, rechtlichen, humanitären oder moralischen Gründen? Dieser Frage ist die deutsche Politik bei allen Schwüren auf die ‚Staatsräson‘ ausgewichen, deren konkrete Imperative bislang nie ausbuchstabiert wurden. [...] Im Falle Berlins kommen auch noch die Prinzipien einer wertegeleiteten Außenpolitik hinzu, einer der Lehren aus dem Zweiten Weltkrieg und dem Holocaust. Bei deren Beherzigung dem brutal überfallenen Israel gerecht zu werden, das mit aller Gewalt gegen seine Todfeinde zurückschlägt, dabei aber nicht nur sie trifft, ist schwieriger geworden. Da machen es sich manche Kritiker des Kanzlers in der Union zu einfach, manche wohl auch nur, weil er es wagte, sie vorher nicht zu fragen.“ (kna HG 14.8.2025)
- **Das deutsch-israelische Verhältnis ordnet Gerd-Matthias Hoeffchen in der „Evangelischen Zeitung“ wie folgt ein:** „Unübersehbar, wie umstritten und aufgeladen in diesen Tagen die Frage nach dem deutschen Verhältnis zu Israel ist. Gerade in Deutschland – auch in den christlichen Kirchen, die eine dunkle Vergangenheit des Antisemitismus bekennen müssen – muss ohne Wenn und Aber klar sein: Das Existenzrecht Israels ist nicht verhandelbar. Konsequentermaßen also, dass dies in der Einbürgerungsdebatte aufgegriffen wird. Wie auch immer dies im Detail aussieht.“

Doch die hitzigen Auseinandersetzungen zeigen auch, wie sehr das Thema die Gesellschaft spaltet. Das Entsetzen wächst über die israelische Kriegspolitik unter Premier Netanjahu. Sein Verhalten geht längst über einen reinen Verteidigungsakt gegen den Terror der Hamas hinaus. Zugleich bleibt klar: Die Eskalation begann mit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel im Oktober 2023, der jedes Maß überschritt. Dass Bundeskanzler Friedrich Merz, von Israel oft als Freund gelobt, nun Waffenlieferungen stoppt, sobald sie einer weiteren Eskalation in Gaza dienen, unterstreicht die moralische Zerrissenheit und die Gewissensnöte. Diese Zerrissenheit macht deutlich, wie notwendig genaues Hinsehen und kluges Nachdenken bleiben. Einfache Lösungen – die eine Seite hat Recht und die andere nicht – gibt es nicht. Das Ja zum Existenzrecht Israel muss sein. Das heißt aber kein automatisches Ja zur jeweiligen israelischen Regierungspolitik. Wer sich klar und eindeutig zu Israels Existenz bekennt, braucht gerade deshalb den Mut, zwischen Solidarität und Kritik zu unterscheiden – und beides im Namen historischer Verantwortung auszusprechen. Nur so bleibt Deutschlands Stimme im Nahostkonflikt glaubwürdig.“ (kna HG 21.08.2025)

- **Das Thema Judentum und die AfD bespricht Tanya Yael Raab auf „juedische-allgemeine.de“:** „[...] Seit 2020 stand der Brandenburger AfD-Landesverband unter Beobachtung des Verfassungsschutzes. Nun – im August 2025 – kam die offizielle Einstufung: gesichert rechtsextrem. 140 Seiten Gutachten belegen die verfassungsfeindlichen, menschenverachtenden Positionen. Überraschend? Nein. Erstaunlich finde ich eher Jüdinnen und Juden, die AfD wählen oder bei ‚Juden in der AfD‘ aktiv sind – und antisemitische Entgleisungen übersehen in der Illusion, geschützt zu werden. Die AfD mag keine Juden – nur solche, die sie als Feigenblatt nutzen kann, um Rassismus und Muslimfeindlichkeit zu legitimieren.“ (kna HG 21.08.2025)

2. Aus der jüdischen Welt – Israel

- **Was will Trump in Nahost und was macht das mit Israel? Am Dienstag flog US-Präsident Donald Trump in den Nahen Osten. Über die genauen Ziele seiner Reise herrscht nur bedingt Klarheit. Geht es vor allem um Geschäfte für sich und die US-Wirtschaft oder auch um Diplomatie? Von Andrea Krogmann**

Direkte Gespräche mit der Hamas, ein Deal mit den Huthi, ein Hilfsplan für Gaza und Gerüchte über eine mögliche Anerkennung Palästinas: US-Präsident Donald Trump legt in Nahost ein Tempo vor, bei dem Beobachter kaum mitkommen. Was plant Trump in der konfliktgeprägten Region? Welche Rolle spielen dabei Israel und die israelisch-US-amerikanischen Beziehungen?

Am Dienstag traf Trump für eine mehrtägige Reise in Nahost ein. Die erste große Auslandsreise seiner zweiten Amtszeit brachte ihn wie schon sein erster Auslandsbesuch der ersten Amtszeit zunächst nach Riad. Dort wird er die Staats- und Regierungschefs der Länder des Golfkooperationsrates treffen: Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate, wohin ihn die weitere Reise bringen wird, Bahrain, Katar, Kuwait und Oman.

Was Trump mit seinem Besuch bezwecken will, darüber gibt es viele Spekulationen und wenig Gesichertes. Möglicherweise: Investitionen und Waffengeschäfte sichern, vielleicht auch persönliche Bereicherung. Ein Luxus-Jumbo-Jet als Geschenk von Katar sorgte bereits im Vorfeld für heiße Diskussionen in den politischen Lagern der USA. Aufgrund seines unberechenbaren Charakters könnte Trumps Reise „ebenso leicht die Voraussetzungen für einen Krieg mit dem Iran schaffen wie für die Unterzeichnung eines Atomabkommens“, formulierte es der US-amerikanische Politologe Marc Lynch in der renommierten außenpolitischen US-Fachzeitschrift „Foreign Affairs“.

Trump lässt Israel nordöstlich liegen

Israel jedenfalls lässt Trump bei seinem Nahostbesuch nordöstlich liegen. Auch die Interessen seines Verbündeten in der Region könnte der US-Präsident wie bei seinen jüngsten Alleingängen verstärkt unbeachtet lassen, glauben Beobachter. Zwei Tage, nachdem eine Rakete der jemenitischen Huthi-Rebellen auf dem Gelände des Flughafens Ben-Gurion bei Tel Aviv einschlug und zahlreiche ausländische Fluggesellschaften zum Einstellen ihrer Israelflüge bewegte, informierte Washington über ein Abkommen mit den Huthi. Die USA stellen ihre Militäroperation gegen die Huthi ein, die im Gegenzug vom Beschuss US-amerikanischer Schiffe absehen, so der Deal. Israel erfuhr davon dem Vernehmen nach gleichzeitig mit dem Rest der Welt. Man brauche keine israelische Erlaubnis, um sich mit den Huthi zu einigen, kommentierte der US-Botschafter in Israel, Mike Huckabee, gegenüber dem israelischen Sender „Kanal 12“.

Gespräche mit den Huthi und mit Iran

Laut Berichten offenbar gänzlich ohne israelisches Wissen nahmen die USA mit Israels Erzfeind Iran Gespräche über Teherans Atomprogramm auf. Laut US-Vizepräsident J.D. Vance verliefen diese auch gut. Das Ziel: Verhindern, dass das Land Atomwaffen erhält, und es im Gegenzug wieder in die Weltwirtschaft einbinden. Auch mit Saudi-Arabien führen die USA Nukleargespräche, wieder wohl ohne israelisches Wissen. Dabei scheinen sie erstmals von der Bedingung abgerückt zu sein, Saudi-Arabien müsse seine Beziehungen zu Israel normalisieren. Eine Spekulation der israelischen Tageszeitung „Jerusalem Post“, Trump könne in Riad einen Staat Palästina anerkennen, bezeichnete Huckabee unterdessen auf der Plattform „X“ (Samstag) als „Nonsens“. Dennoch warnte der israelische Außenminister Gideon Sa'ar am Sonntag in Jerusalem vor einer einseitigen Anerkennung eines palästinensischen Staates. Dies sei „kontraproduktiv“, ein „Preis für den Hamas- Terror“, und würde unilaterale israelische Handlungen als Konsequenz nach sich ziehen, sagte Sa'ar bei einer Pressekonferenz mit seinem neuen deutschen Amtskollegen Johann Wadephul, freilich ohne Trump als Adressaten der Warnung zu nennen. Bei derselben Pressekonferenz sprach Sa'ar immerhin dem am Freitag von Huckabee vorgestellten US-Hilfsplan für Gaza volle Unterstützung aus. Israel habe die zunächst zugelassene humanitäre Hilfe nach Gaza unterbunden, weil Hamas „diese Hilfe den Menschen“ stahl und zu Geld machte, „um ihre Kriegsmaschinerie zu füttern“. Am Plan der USA, die Hilfe über einen privaten Fonds an der Hamas vorbei zu den Menschen zu bringen, werde man hingegen mitarbeiten. Dies soll laut Huckabee jedoch nur im Hintergrund geschehen – zur Sicherheit der Helfer. Israels Armee an der Einfuhr oder Verteilung von Hilfsgütern direkt zu beteiligen, hatte der US-Botschafter ausgeschlossen.

Kritik an Trump zwischen den Zeilen

Auch wenn Benjamin Netanjahu und die meisten Regierungsmitglieder sich mit allzu offener Kritik an Trumps Alleingängen zurückhalten, ist diese zwischen den Zeilen kaum zu überlesen. Vor der mittlerweile erfolgten Freilassung der letzten noch lebenden Gaza-Geisel mit israelisch-US-amerikanischem Doppelpass beeilte sich Netanjahu zwei Dinge klarzustellen: Hamas lasse Edan Alexander bedingungslos frei, ohne israelische Zugeständnisse. Zudem habe vor allem der militärische Druck Israels dazu beigetragen – eine Darstellung, der die Hamas im Gazastreifen prompt und energisch widersprach. Die Freilassung von Edan Alexander solle zu neuen Verhandlungen über ein Geiselaabkommen führen, hatten die USA verlauten lassen. Entsprechend schickte Netanjahu – zähneknirschend? – ein Verhandlungsteam nach Doha zu indirekten Gesprächen mit der Hamas, die von Katar, Ägypten und den USA vermittelt werden. Trump wiederum legte nach. Hatte er vor der Freilassung Alexanders gefordert, „diesen brutalen Krieg“ im Gazastreifen zu beenden, erklärte ein Sprecher des US-Außenministeriums in einem Interview des saudischen Senders „Al-Sharq News“ unmittelbar nach Trumps Ankunft in Saudi-Arabien, die USA würden sich mit Riad abstimmen, um den Krieg in Gaza zu beenden. Netanjahu beeilte sich laut israelischen Medien, seinen Koalitionspartnern eines zu versichern: Israel sei nicht bereit, den Krieg zu beenden, bevor die Hamas besiegt sei. Zuletzt hatte Israel eine neue, massive Bodenoffensive in Gaza angekündigt, einschließlich der Besatzung des Landes und Zwangsumsiedlung seiner palästinensischen Bewohner – die nach Trumps Nahostbesuch beginnen soll.

„Historische Chance“ für Israel?

In manchen Kreisen Israels spricht man mit Blick auf Trumps Nahostvorstöße von einer „historischen Chance“, die Israel nicht verstreichen lassen dürfe. „Die Geschichte wird denen nicht verzeihen, die die Gelegenheit verpasst haben, Israels Sicherheit durch strategische Allianzen und mutige Partnerschaften zu stärken, die gerade jetzt (...) gebildet werden“, mahnte die Initiative „Abraham-Shield-Plan“, eine nach dem 7. Oktober 2023 gegründete „Koalition für regionale Sicherheit“, die für eine politische Normalisierung zwischen Israel und arabischen Staaten plädiert. „Die Regierung muss ein umfassendes regionales Abkommen verabschieden, das den Nahen Osten verändern, den Krieg beenden und die Rückkehr aller 59 Geiseln sicherstellen wird“, forderte auch das „Forum der Geisel- und Vermisstenfamilien“. Die Regierung handle jedoch entgegen der Politik Trumps „in völligem Widerspruch zum überwältigenden Willen der israelischen Öffentlichkeit“ und drohe, auf „die verpasste Chance des Jahrhunderts“ zuzusteuern.

US-Druck auf Israel könnte steigen

An einem Abkommen zum Ende des Kriegs im Austausch für die Geiseln würde aller Wahrscheinlichkeit nach Netanjahus rechtsnationale Regierung zerbrechen. Doch glaubt man israelischen Beobachtern, wird der Druck aus den USA auf Israel, eine Einigung mit der Hamas zu erzielen, nur noch weiter steigen. Netanjahu werde annehmen und könne sich nun noch zwischen zwei Varianten entscheiden, wie er dies der Öffentlichkeit präsentiere, analysierte der Diplomatie-Korrespondent von „Haaretz“, Chaim Levinson, die Lage: die amerikanische Initiative der Öffent-

lichkeit als seine eigene zu verkaufen – oder als amerikanischen Vorstoß, den er akzeptieren musste. Unberechenbar war auch die Beschreibung, die Netanjahus Minister für regionale Zusammenarbeit, David Amsalem (Likud) laut Berichten für Trump wählte, den es über sein Umfeld im Sinne der israelischen Interessen zu beeinflussen gelte. Selbst an der Freilassung Alexanders ließ er kaum ein gutes Haar. Diese sei „sicherlich unsachgemäß durchgeführt worden, um es vorsichtig auszudrücken“. Israel dürfe sich eben nur auf sich selbst verlassen und niemandem sonst trauen, „auch nicht unseren engsten Freunden“. (kna HG 15.05.25)

- **Christen im Heiligen Land kämpfen ums Überleben - Angriffe, Schikanen, Vertreibung: Christen in Palästina und Israel geraten zunehmend unter Druck. Zuletzt wurde ein Gotteshaus in Gaza beschossen. Aber auch im Westjordanland spitzt sich die Lage zu. Und in Israel gibt es bürokratische Hürden für Geistliche. Kirchenvertreter sehen sich bedroht und fordern dringend Schutz durch die Weltgemeinschaft. Von Nikolaj Thon**

Die Lage der christlichen Minderheiten in Israel und Palästina verschärft sich dramatisch. Nicht nur die Unterdrückung durch die islamische Mehrheit, sondern auch Gewalt durch radikale jüdische Siedler, administrative Schikanen und Angriffe auf Kirchen gefährden die zweitausendjährige Präsenz des Christentums in der Region. Besonders im Westjordanland und im Gazastreifen spitzt sich die Situation zu.

Im Westjordanland sehen sich die Christen zunehmend der Gewalt jüdischer Siedler ausgesetzt. Im palästinensischen Dorf Taibeh, dem letzten rein christlichen Ort der Region, setzten sie in der Nähe von Wohnhäusern, des Friedhofs und der historischen Georgskirche Felder in Brand. Sie konnten gelöscht werden, bevor größerer Schaden entstand. Aber die Menschen vor Ort fürchten, dass die eskalierende Gewalt der Sargnagel für die Christen im Heiligen Land werden könnte. Die drei Dorfpfarrer - römisch-katholisch, griechisch-orthodox und melkitisch-katholisch - sprechen von einer „systematischen Auslöschung“. Ohne internationalen Schutz drohe ihren Pfarreien ebenso das Verschwinden wie bereits vielen christlichen Gemeinden in der Region. Eine ökumenische Delegation unter Leitung des Lateinischen und Griechischen Patriarchen von Jerusalem, Kardinal Pierbattista Pizzaballa und Theophilos III., reiste nach Taibeh, um Solidarität zu zeigen. In einer gemeinsamen Erklärung betonten sie, dass die Kirche seit fast 2.000 Jahren in dieser Region präsent sei. „Wir lehnen diese Botschaft der Ausgrenzung entschieden ab und bekräftigen unser Engagement für ein Heiliges Land, das ein Mosaik verschiedener Glaubensrichtungen ist, die friedlich, in Würde und Sicherheit zusammenleben.“ Die Kirchenführer fordern internationalen Schutz und eine Untersuchung, warum israelische Behörden nicht eingreifen.

Im Gazastreifen geriet kürzlich die römisch-katholische Kirche „Heilige Familie“ unter Beschuss. Drei Menschen starben und zehn wurden verletzt, darunter Pfarrer Gabriel Romanelli. Die israelische Armee sprach von einem „Kollateralschaden“. Doch der römisch-katholische Kardinalstaatssekretär Pietro Parolin äußerte im italienischen Fernsehen Zweifel an der israelischen Darstellung, wonach es sich um ein Versehen gehandelt habe. Israel müsse offenlegen, was wirklich passiert ist.

Kardinal Parolin kritisiert Israel

Es sei legitim zu fragen, ob gezielt ein christliches Symbol getroffen wurde, um moderate Kräfte im Nahostkonflikt zu schwächen, so der Kardinal. Zugleich kritisierte Parolin das generelle Vorgehen Israels im Gaza-Krieg: Es handele sich inzwischen um einen „grenzenlosen Krieg“. Die Bevölkerung werde „zerstört und ausgehungert“. Der Heilige Stuhl fordere weiterhin militärische Verhältnismäßigkeit - sehe aber, dass viele Grenzen längst überschritten seien. Auch aus der orthodoxen Welt kommen Stimmen der Solidarität. Die Bulgarische Orthodoxe Kirche forderte ein Ende der Blockade Gazas und einen Waffenstillstand.

„Die Welt darf nicht länger schweigen“

Beobachter vor Ort betonen, der Angriff sei kein Einzelfall, sondern Symptom eines sich verschärfenden Gesamtbildes. Die einheimischen Christen im Heiligen Land kämpften inzwischen nicht nur um ihr religiöses Erbe, sondern um ihr nacktes Überleben – nicht nur in Gaza oder im Westjordanland, sondern auch in Israel und Syrien. Laut dem Gründungsdirektor des Collegium Orientale in Eichstätt verkörpern die Christen in der Region eine Stimme der Versöhnung in einem zunehmend feindlichen Umfeld. „Wenn diese Stimme verstummt, verliert das Heilige Land nicht nur einen Teil seiner Geschichte - sondern auch seine Zukunft“, warnt der katholische Geistliche. „Die Welt darf nicht länger schweigen.“ In Israel selbst erschweren bürokratische Hürden das Leben christlicher Gruppen. Evangelikale Gemeinden klagen über die zunehmende Verweigerung von Arbeitsvisa für Geistliche durch die Behörden. US-Botschafter Mike Huckabee, eigentlich ein prominenter Unterstützer Israels, kritisierte die „feindselige Behandlung“ durch das Innenministerium.

Besonders betroffen seien Missionswerke wie die Baptist Convention of Israel und die Assemblies of God, deren Tätigkeiten seit Jahren eng mit Israel verbunden sind. Das israelische Innenministerium wies die Vorwürfe zurück.

Bleiben oder gehen?

Derzeit stellt sich für Tausende orthodoxe, orientalisch-orthodoxe und östlich-katholische Christen im Nahen Osten, besonders in Palästina und Israel, zunehmend die Frage: „Bleiben oder gehen?“ Manche sehen in der Auswanderung ihre letzte Option. Allein in Bethlehem verließen in den vergangenen zwei Jahren über 100 Familien ihre Heimat. Der Exodus schreitet voran - ausgelöst durch Angst, Armut und Perspektivlosigkeit. Und dennoch: Nicht wenige bleiben - aus Glauben, familiärer Bindung und Heimatverbundenheit. „Wir sind keine Gäste“, sagte ein Priester in Gaza. „Wir sind das Volk dieses Landes.“ (kna HG 24.07.2025)

- **Das Elend geht weiter - Nachdem auch etliche arabische Staaten eine Auflösung der Hamas fordern, wäre der Weg zu einem Waffenstillstand und Verhandlungen für eine Zwei-Staaten-Lösung leichter. Doch Israel und die Hamas widersetzen sich bisher. Von Roland Juchem und Andrea Krogmann**

Diplomatisch gab es Anfang vergangener Woche aus New York einen bemerkenswerten Erfolg zu vermelden. Erstmals fordern auch die Arabische Liga sowie Staaten wie Katar, Jordanien, Ägypten, Indonesien und die Türkei: „Im Kontext eines Kriegsendes in Gaza muss die Hamas ihre Herrschaft in Gaza beenden, unter internationaler Aufsicht und Hilfe ihre Waffen an die Palästinensische Autonomiebehörde übergeben mit dem Ziel eines souveränen und unabhängigen palästinensischen Staates.“ Augenfällig ist die Unterschrift Katars unter der Abschlusserklärung einer zweitägigen UN-Konferenz zu einer Zwei-Staaten-Lösung Israel/Palästina. War doch Katar bisher einer der wichtigsten Unterstützer der Hamas, deren Führer im Emirat auch Unterschlupf fanden. Unter der Konferenzleitung von Frankreich und Saudi-Arabien verurteilen erstmals die arabischen Staaten unzweideutig die Hamas und ihren Überfall auf Israel am 7. Oktober 2023. Erstmals distanzieren sie sich von der Terrororganisation und fordern deren völlige Entmachtung. Damit ist auch für die arabische Welt klar: Es soll einen unabhängigen Palästinenserstaat neben und nicht anstelle Israels geben.

Angriff auf den Iran verschob den ersten Anlauf zu einer Konferenz

Ursprünglich sollte die von Paris und Riad initiierte Konferenz zu einer Zwei-Staaten-Lösung schon Ende Juni stattfinden. Israels Angriff auf den Iran machte den ersten Anlauf zunichte. Nachdem dieses Scharmützel vorerst beendet ist und die Not im Gazastreifen sich sichtbar verschärft hat, unternahmen die Organisatoren einen zweiten Anlauf, dem 17 Staaten sowie die Arabische Liga und die EU folgten. Eine Zwei-Staaten-Lösung, so die Organisatoren, bleibe „der glaubwürdigste und notwendige Weg, um Frieden, Gerechtigkeit und Sicherheit für Palästinenser und Israelis zu erreichen“. Bisher erkennen mindestens 146 der 193 Länder weltweit sowie der Heilige Stuhl den Staat Palästina an. Unter ihnen war bislang keiner der G7-Staaten USA, Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Italien, Kanada und Japan. Nun aber haben Paris, London und Ottawa erklärt, sie wollten in absehbarer Zeit ebenfalls einen palästinensischen Staat anerkennen – sofern gewisse Voraussetzungen erfüllt sind. Dazu zählen Machtabgabe und Entwaffnung der Hamas, eine funktionierende, weniger korrupte Autonomiebehörde sowie freie Wahlen. Die USA wären dann das einzige Mitglied des UN-Sicherheitsrats, das diesen Schritt noch verweigert. Deutschland unterstützt zwar auch eine Zwei-Staaten-Lösung, aber erst am Ende eines Verhandlungsprozesses. Jeweilige innenpolitische Zwänge von Emanuel Macron und Keir Starmer beiseitegelassen, wäre die Anerkennung durch Frankreich bedeutsam, weil es den größten jüdischen Bevölkerungsanteil in Westeuropa hat. Und London übernehme ein Stück historischer Verantwortung: War Großbritannien doch jene Kolonialmacht, die das vom Völkerbund 1922 übernommene Mandatsgebiet Palästina 1948 hastig an die UNO abtrat und vieles Ungeregelte hinterließ – und sowohl Juden wie Palästinensern Land versprach.

Berlin hingegen, dessen Töne in Richtung Israel zuletzt deutlich kritischer wurden, verlangt laut Außenminister Johann Wadephul (CDU) vorerst einen sofortigen Waffenstillstand sowie die baldige Aufnahme des Dialogs für eine Zwei-Staaten-Lösung am Ende. Zudem wolle man verhindern, dass „sich eine Kluft zwischen der Europäischen Union und Israel auftut“. Diese Gefahr bestehe, und Deutschland müsse sich in dieser entscheidenden Phase positionieren. Sein Auftrag sei es, der israelischen Regierung zu sagen, dass sie jetzt handeln müsse und „nicht erst irgendwann“. Dem zunehmenden internationalen, vor allem moralischen Druck kann sich selbst US-Präsident Donald Trump nicht entziehen. Im Gazastreifen gebe es „echten Hunger“, erklärte er Anfang vergangener Woche. „Das kann man nicht vortäuschen. Wir müssen den Kindern zu

essen geben.“ Laut UN-Kriterien erreicht die Lage im Gazastreifen die Grenze zu einer regelrechten Hungerkatastrophe.

Inzwischen hätten vier von zehn Menschen über mehrere Tage nichts zu essen, teilten die Welternährungsorganisation FAO, das Welternährungsprogramm WFP und das Kinderhilfswerk Unicef vergangene Woche in Rom mit. Mehr als eine halbe Million Menschen, ein Viertel der Gesamtbevölkerung, lebe jetzt unter Bedingungen, die der äußersten Phase einer Hungerkrise entsprechen.

Auch in Israel verschärft sich der Ton. Kritiker der Regierung beklagen, inzwischen würden selbst Holocaust-Überlebende als Antisemiten beschimpft. Der innenpolitische Druck auf die Regierung wächst, nicht mehr nur durch Geisellangehörige und einige Linke. So werfen zwei israelische Menschenrechtsgruppen ihrem Land einen Völkermord vor. B'Tselem (Abbild Gottes) und Ärzte für Menschenrechte Israel (Physicians for Human Rights Israel, PHRI) stellten Ende Juli in Jerusalem Erklärungen zu Israels Vorgehen gegen die Zivilbevölkerung von Gaza vor.

Knesset-Abgeordneter vom Rednerpult weggeführt

Die Art und Weise, wie Militär und Regierung vorgehen, legten den Schluss nahe, „dass diese Taten nicht zufällig im Rahmen eines Krieges begangen werden, sondern Teil einer gezielten Politik gegen die palästinensische Bevölkerung als Gruppe“ seien. Zusammengetragen wurden die Informationen von israelischen und palästinensischen Mitgliedern der beiden Organisationen. Als der Knesset-Abgeordnete Ofer Cassif den israelischen Schriftsteller David Grossman zitierte, der in einem italienischen Zeitungsinterview von „Genozid“ in Gaza gesprochen hatte, wurde Cassif auf Anweisung der Sitzungsleitung von Ordnern vom Rednerpult entfernt. Dies sei „kein Zitat, sondern erfunden“, so Sitzungsleiter Nissim Vaturi (Likud).

Vergangene Woche erklärten 31 prominente Israelis – Schauspieler, Juristen, Alt-Politiker, Literaten und Wissenschaftler – „mit großer Scham, Wut und Qual: Unser Land lässt die Bewohner des Gazastreifens verhungern und erwägt die Zwangsumsiedlung von Millionen von Palästinensern.“ Daher fordere man „lähmende Sanktionen gegen Israel“, bis es „diese brutale Kampagne beendet und einen dauerhaften Waffenstillstand einführt“. Aufrufe zu Boykottmaßnahmen gegen Israel stehen im Land unter Strafe.

Auch ehemalige Militärs und Geheimdienstler kritisieren Regierung

Zuletzt forderten auch 19 ehemalige Militär- und Geheimdienstchefs ein sofortiges Ende des Krieges. Israel stehe am Rande einer Niederlage, sagten sie in einer Videobotschaft. Der Krieg, der als gerechter Verteidigungskrieg begonnen habe, führe Israel mittlerweile „in den Verlust seiner Sicherheit und Identität“. Zu den Beteiligten gehören unter anderem der frühere Armeechef und Ministerpräsident Ehud Barak sowie der frühere Chef des Inlandsgeheimdienstes Schin-Bet, Ami Ayalon. Sie werfen der Regierung vor, die Kämpfe eher aus politischen Gründen als aufgrund strategischer militärischer Entscheidungen fortzusetzen. In der „New York Times“ fragte sich der langjährige Nahost-Korrespondent Thomas Friedman, warum Israel zehn hochrangige iranische Militärs und 16 Atomwissenschaftler im knapp 2.000 Kilometer entfernten Teheran töten konnte, aber keine Lebensmittelcontainer an hungernde Menschen im gut 60 Kilometer von Tel Aviv entfernten Gazastreifen liefern. Das wird nicht allein politisches Kalkül sein, wie Friedman argwöhnt. Vor allem ist ungeklärt, in welchem Ausmaß die Hamas Hilfslieferungen abzwiegt und damit ihre Herrschaft im Gazastreifen sichert. Hilfsorganisationen schließen das nicht aus. Weswegen Israel und die USA ihr eigenes Hilfssystem außerhalb der UN auflegten. Das aber steht wegen zahlreicher Toter und Verletzter bei der Essensausgabe in der Kritik – und ist ebenso ungenügend wie die jüngste, auch von Berlin unterstützte internationale Luftbrücke. Wie die Lage im Gazastreifen genau aussieht, weiß die Weltöffentlichkeit nicht. Beide Seiten werfen der anderen Fake News vor. Israel lässt keine internationalen Medienvertreter in den verwüsteten Landstrich. Die können sich allenfalls über Telefon oder aus dritter Hand informieren. „Es gibt nur einen Weg, die Unschuld oder Schuld und das Ausmaß der Verantwortung Israels für all diese Behauptungen zu beweisen“, fordert denn auch der israelische Friedensaktivist Gershon Baskin: „Öffnen Sie den Gazastreifen für internationale Journalisten.“

Kardinal Pierbattista Pizzaballa, der eher zurückhaltende und nüchterne Lateinische Patriarch von Jerusalem, jedenfalls bestätigte nach seinem gemeinsamen Besuch mit dem griechisch-orthodoxen Patriarchen Theophilos III. in Gaza, dass Hunger der vorherrschende Eindruck in den Straßen sei. Zudem ist auch den Informationen von Israels Armee nicht zu trauen. Die hatte kürzlich auf Anfrage der KNA behauptet, eine kirchliche Hilfslieferung von 500 Tonnen sei in Gaza angekommen. Dagegen bestätigte das Patriarchat, man sei noch immer dabei, die Hilfslieferung zu organisieren.

Hamas pflegt den Hass und das Martyrium des eigenen Volkes

Die Hamas weiß seit Monaten: Das Leiden der Menschen im Gazastreifen würde wohl sofort aufhören, wenn sie die israelischen Geiseln freiläße, den Streifen verläße und eine arabische Friedenstruppe akzeptierte, den Gazastreifen anstelle der Hamas zu verwalten. Andererseits gibt es etliche radikale israelische Stimmen, die den Gazastreifen frei von Palästinensern sehen wollen. Außer dem Ziel, möglichst viele Israelis zu töten und als Geiseln zu entführen, hatte die Hamas bei ihrem Terror-Überfall am 7. Oktober 2023 keinen Plan. Seither pflegt sie außer dem Hass auf Israel das Märtyrertum ihres eigenen Volkes. Lässt also nur Israel die Menschen in Gaza verhungern, oder ist es die Hamas? Anders als Israel profitierte die Hamas bisher von den Hungerbildern. Die jüngsten Videos einer ausgemergelten israelischen Geisel hingegen dürften ein Eigentor gewesen sein. Israel nützt der Hunger nichts. Im Gegenteil – er schadet seinem verbliebenen Ansehen. Auch wenn der rechts-nationalistische Finanzminister Bezalel Smotrich bei einer Podiumsdiskussion der rechtsgerichteten Zeitung „Israel Hayom“ erklärte: „Wir leisten Hilfe, weil wir keine andere Wahl haben.“ Denn niemand werde „zulassen, dass wir zwei Millionen Zivilisten verhungern lassen, auch wenn dies gerechtfertigt und moralisch vertretbar wäre, bis unsere Geiseln zurückgegeben werden.“

Israels Rechte unterstützen die Gewalt jüdischer Siedler

Von der international geforderten Zwei-Staaten-Lösung indes will Israels Regierung nichts wissen. Aus Sicherheitsgründen könne es keinen palästinensischen Staat geben, sagte Außenminister Gideon Sa'ar nach dem Treffen mit seinem Kollegen Wadephul. Juden hätten „das Recht, im Herzen ihrer historischen Heimat zu leben. Selbst in Judäa und Samaria“, das die Welt Westjordanland nenne. Die Welt wolle ihrem Land einen „Terrorstaat als Nachbarn aufzwingen“, warnen rechtsgerichtete Politiker in Israel – und unterstützen die Gewalt jüdischer Siedler im Westjordanland.

Klar ist: Damit die Anerkennung eines palästinensischen Staats zu einer Lösung beitragen kann, müssten die palästinensische Verwaltung handlungsfähig und ihre Legitimität durch Wahlen bestätigt sein. Der neue Staat müsste sich der friedlichen Koexistenz verschrieben haben und ein Friedensprozess mit Israel bereits im Gang sein. Danach sieht es derzeit auf keiner der beiden Seiten aus. Die „schlimmste, fanatischste und amoralischste Regierung in der Geschichte Israels“, so der Kolumnist Friedman, trete „gegen die schlimmste, fanatischste und mörderischste Organisation in der Geschichte Palästinas“ an. Jeder wolle den anderen auslöschen, um das ganze Gebiet vom Jordan bis zum Mittelmeer zu kontrollieren. Zugleich stellten die jeweiligen politischen Führer „ihr eigenes politisches Überleben und ihre ideologischen Obsessionen stets über das grundlegende Wohlergehen ihres eigenen Volkes“.

Bald doch ein Waffenstillstandsabkommen?

Parallel mit Berlins Außenminister Wadephul war der amerikanische Nahost-Sonderbeauftragte Steve Witkoff in Jerusalem. Der sprach dort von einem angezielten „Alles-oder-nichts-Waffenstillstand“. Netanjahu und Trump arbeiten angeblich an einem Abkommen, das der Hamas ein Ultimatum stellt: Entweder lasse sie die verbleibenden Geiseln frei und stimme Bedingungen zu, die die Gruppe entwaffnen, oder Israels Militäraktion werde fortgesetzt. Doch die Aussichten auf solch ein Abkommen scheinen gering. Laut einem Hamas-Vertreter hat die Gruppe keinen Vorschlag für ein umfassendes Abkommen erhalten. Zwar unterstütze man ein solches grundsätzlich, werde sich aber nicht entwaffnen lassen. Ministerpräsident Netanjahu hingegen beriet sich Medienberichten zufolge mit der Armeeführung über weitere Optionen im Gazastreifen. Eine Ausweitung der militärischen Einsätze war bei Redaktionsschluss nicht vom Tisch. Parallel erlaubten die Behörden weitere einzelne private Hilfslieferungen für die hungernde Bevölkerung.

Bericht der Gruppe B'Tselem (engl.) Link:

www.btselem.org/sites/default/files/publications/202507_our_genocide_eng.pdf

Bericht der Physicians for Human Rights (engl.) Link:

www.phr.org.il/wp-content/uploads/2025/07/Genocide-in-Gaza-PHRI-English.pdf

(kna HG 07.08.2025)

- **In „Publik Forum“ kommentiert Constantin Wißmann Tragödie und Farce im Gaza-Krieg:**
„[...] Eine Farce ist es, dass die Hamas dabei permanent verliert, aber dennoch gewinnt. Denn ihr Ziel ist es, dass möglichst viele Menschen in Gaza sterben – tatsächlich haben das so mehrere ihrer Führer gesagt. Im Krieg ist es normalerweise so, dass die Armee an der Oberfläche kämpft, während die Zivilbevölkerung im Untergrund Schutz sucht. In Gaza ist es andersherum: Die Zivilbevölkerung ist in den Straßen den israelischen Kugeln und Bomben ausgesetzt, während die Hamas-Krieger in einem ausgeklügelten Bunker-System verharren. [...]

Doch es gibt auch eine israelische Farce. Dazu gehört, dass Premierminister Benjamin Netanjahu und seine Regierung das grausame Spiel der Hamas mitspielen. Je brutaler die israelische Armee vorgeht, umso leichter fällt es der Hamas, neue Kämpfer zu rekrutieren. Einen veritablen Plan für einen Frieden scheint es dabei aber nicht zu geben, außer der unrealistischen völligen Vernichtung der Hamas. Die israelische Opposition wirft Netanjahu vor, den Krieg immer weiter zu betreiben, um selbst einem Korruptionsprozess zu entkommen. [...]

Es gibt aber auch eine Farce, die sich im Rest der Welt abspielt. Wie hältst du's mit Israel und Gaza? Das scheint zu einer globalen Gretchenfrage geworden zu sein, anhand derer allerhand eigene Kulturkämpfe ausgefochten werden. In Deutschland etwa, Täterland des größten Genozids an Juden, geht es verdächtig vielen darum, nun Israel einen Genozid nachzuweisen. Damit endlich Gleichstand herrscht? Den Palästinensern hilft das konkret wenig. Andererseits wird jede Kritik an Israel schnell als »antisemitisch« bezeichnet und somit als moralisch verwerflich gebrandmarkt. Mit der Folge, dass in Israel selbst meist offener gestritten wird als hierzulande. In vielen anderen Ländern wird der israelisch-palästinensische Konflikt in Theorien von Imperialismus und Kolonialismus eingereiht, obwohl er dort kaum hineinpasst. Viele Juden hätten gern darauf verzichtet, einen eigenen Staat gründen zu müssen, um nicht mehr verfolgt zu werden. So ist auch ein Teil der Tragödie um Israel und Gaza, dass zwar scheinbar die ganze Welt daran Anteil hat, es aber meistens gar nicht um Juden und Palästinenser geht, sondern um den eigenen Kosmos, in dem es, zum Glück, kein systematisches Morden, kein systematisches Hungern gibt.“ (kna HG 07.08.2025)

- **ÖRK: Bezeichnung „Apartheid“ für Israelische Besatzung „notwendig“**

Der Ökumenische Rat der Kirchen hält an seiner Verwendung des Begriffs „Apartheid“ für die Situation in den von Israel besetzten Gebieten fest. Bei dem Besuch einer Delegation der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in der Zentrale des ÖRK in Genf dankte der Generalsekretär des ÖRK, Jerry Pillay, der EKD zwar dafür, dass sie ihre Ablehnung der Verwendung dieses Begriffs klar zum Ausdruck gebracht habe. Gleichzeitig verteidigte er jedoch die Erklärung, in der das ÖRK-Zentralkomitee gegen Stimmen aus Deutschland diesen Begriff verwandt habe. Die ÖRK-Erklärung sei „durch den Kampf des palästinensischen Volkes für Freiheit und Anerkennung motiviert und von den einschlägigen Grundsätzen und Bestimmungen des Völkerrechts geleitet“. Pillay bekräftigte, dass dies keine leichte Entscheidung für den ÖRK gewesen sei. Sie sei jedoch durch die katastrophale Lage im Gazastreifen, die die dringende Notwendigkeit der Einhaltung des Völkerrechts deutlich gemacht habe, „notwendig geworden“ und nach intensiven Gesprächen und Gebet getroffen worden.

Der Moderator des Zentralkomitees, der ehemalige EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm, räumte ein, dass es unterschiedliche Auffassungen darüber gebe, ob der Begriff „Apartheid“ geeignet sei, die Situation der Palästinenser unter israelischer Besatzung zu beschreiben.

„Doch die Diskussion darüber darf uns nicht davon ablenken, auf die Hungersnot zu blicken, die gerade jetzt in Gaza herrscht und täglich weitere Opfer fordert – insbesondere unter Kindern, die am verletzlichsten sind“, sagte Bedford-Strohm. „Jeder politische Schritt in dieser Situation kann nur ein Ziel haben: Das furchtbare Leiden auf allen Seiten muss beendet werden, und die Tür zu einem friedlichen Zusammenleben von Israelis und Palästinensern muss geöffnet werden.“ Hingegen machte die EKD Ratsvorsitzende, Hamburgs Bischöfin Kirsten Fehrs, deutlich, dass sie die Verwendung des Begriffs Apartheid ablehne. „Wir teilen die Sorge um die Menschen in der Region und das gemeinsame Ringen um Wege zum Frieden“, betonte die EKD-Ratsvorsitzende Fehrs. „Unser Ziel ist es, den Dialog zu eröffnen und die noch bestehenden fragilen Gesprächsfäden nicht abreißen zu lassen: Worte, die Gräben vertiefen, gefährden dieses Ziel“, so die Ratsvorsitzende. Sie verurteilte erneut die Brutalität der Hamas und deren Mitverantwortung für die unmenschliche Situation im Gazastreifen. Einen Austritt der EKD aus dem ÖRK schloss sie allerdings aus: „Im Einklang mit ihrem Fokus auf Dialog werde die EKD den engen Austausch mit dem ÖRK konsequent fortsetzen und vertiefen.“ (kna HG 07.08.25)

3. Personen

- **Ruth Ur, Kuratorin und Kunsthistorikerin**, wird neue Direktorin der Stiftung Exilmuseum in Berlin. Sie übernimmt die Leitung ab 1. Juni. Ur folgt auf den im Januar 2023 gestorbenen Gründungsdirektor **Christoph Stölzl**. Sie vertrat bis Ende 2024 die Internationale Holocaust-Gedenk-

stätte Yad Vashem in Deutschland. Ur ist in Großbritannien geboren und verfügt über mehr als 25 Jahre internationale Erfahrung im Kulturbereich. (kna HG 15.05.2025)

- **Margot Friedländer, Holocaust Überlebende** und eine der bekanntesten Zeitzeuginnen, ist am 9. Mai im Alter von 103 Jahren in Berlin gestorben. Sie wurde 1921 in Berlin als Margot Bendheim geboren. Ihre Familie wurde in Auschwitz ermordet. Margot Friedländer selbst wurde im Untergrund in Berlin entdeckt und 1944 nach Theresienstadt gebracht. Ihre Erlebnisse schrieb sie in ihrer Autobiografie „Versuche, ein Leben zu machen“ nieder. Für ihr Engagement für Demokratie sowie gegen Antisemitismus, Rassismus und Ausgrenzung wurde Friedländer mehrfach ausgezeichnet. (kna HG 15.05.2025)
- **Ronald S. Lauder (81), Präsident des Jüdischen Weltkongresses (WJC)**, ist von dessen Vollversammlung in Jerusalem für eine fünfte Amtszeit wiedergewählt worden. Lauder war ohne Gegenkandidat. Im WJC sind jüdische Gemeinden und Organisationen aus über 100 Ländern zusammengeschlossen. (kna HG 22.05.2025)
- **Christian Rutishauser, Professor für Judaistik an der Universität Luzern (Schweiz)**, erhält die Buber-Rosenzweig-Medaille 2026. Rutishauser wird als katholischer Vertreter im christlich-jüdischen Dialog in der Schweiz, in Deutschland, Europa und weltweit gewürdigt. Er verfolge die Entwicklungen der katholisch-jüdischen Beziehungen und agiere als intensiver Mahner gegen Rückfälle der Verständigung, teilte der Deutsche Koordinierungsrat der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit mit. Die Rosenzweig-Medaille soll im März 2026 in Köln verliehen werden. (kna HG 28.05.2025)
- **Alina Gromova, bisher stellvertretende Direktorin der Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum**, wird zum 1. September Leiterin des Jüdischen Museums München. Sie folgt **Bernhard Purin** nach, der im Februar 2024 überraschend im Alter von 60 Jahren gestorben war. Der gebürtige Österreicher hatte das neben der Ohel-Jakob-Synagoge stehende Museum seit der Gründung 2007 geleitet. Unter ihm war es zu einem Ort für innovative Ausstellungsinhalte geworden. (kna HG 06.06.2025)
- **Eva Umlauf (82), aus der Slowakei stammende deutsch-jüdische Kinderärztin, Psychotherapeutin und Auschwitz-Überlebende**, ist zur neuen Präsidentin des Internationalen Auschwitz Komitees gewählt worden. Sie ist damit Nachfolgerin des im Februar im Alter von 98 Jahren in Warschau gestorbenen polnisch-jüdischen Journalisten **Marian Turski**. (kna HG 06.06.2025)
- **Josef Schuster (71), Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland**, erhält den Augsburger Friedenspreis 2025. Damit werde sein Einsatz für Verständigung, Toleranz und den Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus gewürdigt, wie die Stadt Augsburg und die Evangelisch-Lutherische Landeskirche in Bayern bekanntgab. Der Preis soll im November feierlich im Bundestag verliehen werden. (kna HG 14.08.2025)

4. Bücher

- **Sasha Vasilyuk**, US-amerikanische Schriftstellerin, erhält den Sami-Rohr-Preis für jüdische Literatur. Sie erhält die mit 100.000 US-Dollar dotierte Auszeichnung für ihren **Roman „Der gute Name unseres Vaters“** (engl. Originaltitel: Your Presence is Mandatory), wie die Israelische Nationalbibliothek mitteilte. Der Sami-Rohr-Preis wurde 2006 von der Familie des aus Nazi-Deutschland geflohenen jüdischen Immobilienentwicklers und Philanthropen Sami Rohr (gestorben 2012) gestiftet. (kna HG 28.05.2025)